



## Niederschrift

---

### Sitzung des Bau- und Planungsausschusses

---

**Sitzungstermin:** Montag, 02.03.2026  
**Sitzungsbeginn:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:21 Uhr  
**Ort, Raum:** im Sitzungssaal des Rathauses Tornesch, Wittstocker Str. 7

---

#### Anwesend

##### Sitzungsleitung

Jonas P. Proeger B90/GRÜNE Tornesch

##### Gremienmitglieder

Gunter Kissel	CDU Tornesch	
Tobias Schomaker	CDU Tornesch	
Gunnar Werner	FDP Tornesch	
Dr. Wolfgang Bätcke	CDU Tornesch	
Thomas Borgeest	T.A.G - Tornesch aktiv gestalten	
Dr. Susanne Dohrn	SPD Tornesch	
Howe Heitmann	CDU Tornesch	
Katharina Kegel	B90/GRÜNE Tornesch	
Uwe Krienke	BfT - Bürger für Tornesch	
Maik Köster	SPD Tornesch	Vertretung für: Artur Rieck

##### Verwaltung

Sylvia Kaufmann	Verwaltung Tornesch
Christopher Radon	Bgm. Tornesch
Sven Reinhold	Verwaltung Tornesch
Henning Tams	Verwaltung Tornesch
Heino Krebs	Verwaltung Tornesch

##### Verwaltung (z. K.)

Oliver Kath	Verwaltung Tornesch
-------------	---------------------

**Gäste:**

Ratsfrau Martina Dücker (T.A.G.)

Dagmar Hasenbalg (Ingenieurbüro Tragplan)

# Tagesordnung

## In öffentlicher Beratung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
- 4 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
  - 4.1 Bürgeranfrage zum B-Plan 38 2. Änderung VO/26/2068
  - 4.2 Bürgeranfrage zu einer Entschädigungsklage im Zusammenhang mit dem B-Plan 38 VO/26/2069
  - 4.3 Bürgeranfragen zum B-Plan 38 und anderen Themen VO/26/2072
- 5 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 26.01.2026
- 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 7 2.Änderung des Bebauungsplans 38 „Östlich Großer Moorweg“ (B-Plan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB) - Entwurfsberatung und Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung VO/26/2055
- 8 Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus - hier: Anwendung des "Bauturbos" in Tornesch VO/26/2024-2
- 9 Veloroute - Billigung der Fortführung der Planung einer neuen B+R-Anlage (Fahrradsammelschließanlage) auf der Bahnhofs-Ostseite VO/26/2067
  - 9.1 Antrag der FDP-Fraktion zur Veloroute VO/26/2089

10	Sanierung im Bereich des Kopfsteinpflasters in der Denkmalstraße	VO/26/2045-1
10.1	Anfragen der CDU-Fraktion zum TOP Ö 11: Sanierung im Bereich des Kopfsteinpflasters in der Denkmalstraße	VO/26/2074
11	Bericht der Verwaltung (öffentlicher Teil)	VO/26/2065
11.1	Anfrage der CDU-Fraktion zum TOP Ö12 - Bericht der Verwaltung, hier: Neubau einer Mensa an der Fritz-Reuter-Schule	VO/26/2073
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	

# Protokoll

## In öffentlicher Beratung

---

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

#### Beratungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Herr Proeger verpflichtet Herrn Hildebrandt, bürgerliches Mitglied der T.A.G.-Fraktion, als neues stellvertretendes Mitglied der Fraktion für den Bau- und Planungsausschuss. Herr Hildebrandt stellt sich kurz vor.

---

### 2 Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung

#### Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung zu.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

#### Beratungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger verweist auf TOP 13 und TOP 14 als Eilanträge der Verwaltung zur Tagesordnung, über die abgestimmt werden muss. Für eine Bestätigung der beiden Tagesordnungspunkte ist eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig.

Herr Werner widerspricht der Dringlichkeit dieser Tagesordnungspunkte, da die Schlussrechnungen, die über die veranschlagten Kosten hinausgehen, bereits vor mehreren Monaten gestellt wurden. Herr Werner verweist auf die Ratsversammlung, die sich mit dem Haushalt 2026 beschäftigt.

Herr Borgeest bemängelt die Kurzfristigkeit zur Vorbereitung auf den Inhalt der Eilanträge. Herr Krienke will wissen, ob auch bei einer Beschlussfassung im Ausschuss die Themen noch in der Ratsversammlung behandelt werden. Herr Reinhold, Leiter des Amtes für Bauen, Planen und Umwelt, bejaht dies und betont, dass die Verwaltung dem Ausschuss die endgültigen

tigen Zahlen zu den Ausgaben vor der Ratsversammlung vorlegen wollte.

Herr Proeger bezweifelt, dass der Ausschuss in der aktuellen Sitzung Zeit zu einer inhaltlichen Beratung zu den beiden Tagesordnungspunkten hat, hält es jedoch für sinnvoll, sich vor der Ratsversammlung darüber auszutauschen.

Herr Bätcke regt an, die Informationen der Verwaltung entgegenzunehmen.

Herr Proeger lässt über das Verbleiben von TOP 13 und TOP 14 auf der Tagesordnung abstimmen. Ja: 7 (CDU, Grüne, BfT); Nein: 4 (SPD, FDP, T.A.G.); Enthaltungen: 0.

Die Zweidrittel-Mehrheit wird nicht erreicht. Die Tagesordnungspunkte entfallen.

Herr Reinhold informiert, dass ebenfalls der TOP 7 Umbauplanungen am Einzelhandelsstandort Ohlenhoff sowie der nichtöffentliche TOP 17 dazu entfallen.

---

### 3 Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt, die verbliebenen Punkte der nichtöffentlichen Tagesordnung in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

#### **Beratungsverlauf:**

Herr Proeger teilt mit, dass neben TOP 17 auch die Tagesordnungspunkte 20 (Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts) und 21 (Grundstücksangelegenheiten) entfallen und lässt über die verbliebenen Punkte der nichtöffentlichen Tagesordnung abstimmen.

---

### 4 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

#### **Beratungsverlauf:**

Verwaltungsmitarbeiter Herr Tams erläutert den Sachverhalt, zu dem schriftlich eingereichte Fragen und Mitteilungen von Herrn Jens Kruse, Großer Moorweg, vorliegen. Herr Kruse verfolgt die Sitzung aus den Reihen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Herr Tams geht auf die Historie zum Thema 2. Änderung des B-Plan 38 ein. Herr Kruse hatte nach der Siebenjahresfrist seit Bestehen des B-Plans 2012 für ein Gewerbegebiet einen Antrag auf Erweiterung von Wohnbebauung gestellt. Die Bauaufsicht hatte den Antrag nicht genehmigt. Nun soll die Ausweisung eines Mischgebiets mit dem Ergebnis einer eingeschränkten Wohnnutzung zur lärmabgewandten Seite des Gewerbes erfolgen.

Herr Kruse meldet sich zu Wort und betont, dass die ansässige Firma Hawesko bis dato kein Interesse an der Umsetzung eines Bauvorhabens und dem Erwerb von Nachbargrundstücken gezeigt habe. Für ihn würden nun bei Umsetzung seines Bauvorhabens Mehrkosten beispielsweise durch Schallschutzfenster entstehen. Herr Kruse fordert, dass die Stadt entstehende Mehrkosten übernimmt.

Herr Tams merkt an, dass die Regelung über einen Vertrag erfolgen könnte. Die Stadt jedoch nicht verpflichtet ist, Kosten zu übernehmen. Die Entscheidung müsste die Politik treffen.

Herr Michael Wendt, Diestelkamp 6, wendet sich an Politik und Verwaltung bezüglich der Wiedervorlage seiner Bauvoranfrage für den Neubau eines Einfamilienhauses in zweiter Baureihe. Er verweist darauf, dass ein Nachbar mit Bauwunsch einen positiven Vorentscheid erhalten habe, er jedoch eine Ablehnung. Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger macht darauf aufmerksam, dass das Anliegen von Herrn Wendt zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens in der nichtöffentlichen Beratung auf der Tagesordnung steht.

---

#### **4.1 Bürgeranfrage zum B-Plan 38 2. Änderung**

**VO/26/2068**

##### **Beratungsverlauf:**

Die Anfragen und Stellungnahmen von Herrn Kruse liegen schriftlich vor.

---

#### **4.2 Bürgeranfrage zu einer Entschädigungsklage im Zusammenhang mit dem B-Plan 38**

**VO/26/2069**

##### **Beratungsverlauf:**

Die Anfragen und Stellungnahmen von Herrn Kruse liegen schriftlich vor.

---

#### **4.3 Bürgeranfragen zum B-Plan 38 und anderen Themen**

**VO/26/2072**

### **Beratungsverlauf:**

Herr Kruse verweist auf seine Anfragen zum Bauturbo und zur Sanierung der Denkmalstraße im Bereich des Kopfsteinpflasters. Sie liegen schriftlich vor. Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger betont, dass die Themen auf der Tagesordnung stehen und der Ausschuss dazu beraten wird.

---

## **5 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 26.01.2026**

### **Beschluss:**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 26.01.2026 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

### **Beratungsverlauf:**

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt nach Einwendungen. Aus dem Gremium kommen keine Wortmeldungen. Die Niederschrift gilt somit als angenommen.

---

## **6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

### **Beratungsverlauf:**

Herr Proeger informiert, dass in der vorangegangenen Sitzung in nichtöffentlicher Beratung in zwei Fällen das gemeindliche Einvernehmen erteilt worden ist und in einem Fall einer Änderung zur Ortsgestaltungssatzung zugestimmt wurde.

---

## **7 2.Änderung des Bebauungsplans 38 „Östlich Großer Moorweg“ (B-Plan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB) - Entwurfsberatung und Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

**VO/26/2055**

### **Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird vertagt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

### Beratungsverlauf:

Verwaltungsmitarbeiter Herr Tams stellt den Sachstand zu dem Tagesordnungspunkt vor. Durch die 2. Änderung des Bebauungsplans 38 „Östlich Großer Moorweg“ soll der bislang als gewerbliche Baufläche festgesetzte südliche Teil des B-Plans als gemischte Baufläche festgesetzt werden, um dort eine Erweiterung von Wohnnutzungen zu ermöglichen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde in der Sitzung am 13. Mai 2024 gefasst. Seitdem wurden schalltechnische Untersuchungen vorgenommen und der Entwurf der Planzeichnung sowie der textlichen Festsetzungen erarbeitet. Herr Tams erläutert, dass die schalltechnische Untersuchung ergeben hat, dass auch bei Ausweisung eines Mischgebiets neue Wohngebäude voraussichtlich nur mit Einschränkungen der Wohnnutzung und entsprechenden Festsetzungen zulässig sein werden. Trotz Darstellung einer Fläche für Lärmschutz auf Basis der aktuellen Planungen des bestehenden Gewerbebetriebes ergibt sich für die Stadt keine Verpflichtung, einen Lärmschutzwall zu errichten. Aktuell ist ein Lärmschutzwall vorhanden, den das Unternehmen Hawesko freiwillig auf firmeneigenem Gelände gebaut hat.

Herr Werner fragt, ob das Unternehmen Hawesko Schadenersatz gegen die Stadt Tornesch geltend machen könnte, falls ein höher dimensionierter Lärmschutz wegen benachbarter Wohnbebauung notwendig werden sollte oder das Unternehmen eventuelle Vorhaben für betriebliche Erweiterungen nicht umsetzen könnte. Herr Tams antwortet, dass das Unternehmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung reagieren und eine Stellungnahme abgeben könne.

Auch Herr Bätcke kann sich vorstellen, dass Hawesko mit nicht abschätzbaren Schadenersatzforderungen an die Stadt herantreten könnte. Er sieht die Rechte des Unternehmens durch eine 2. Änderung des B-Plans eingeschränkt. Herr Bätcke schlägt vor, das von Herrn Kruse eingeleitete Klageverfahren gegen die Stadt und die Entscheidung des Gerichts abzuwarten. Herr Borgeest fragt, welche Auswirkungen ein Beschluss zur B-Planänderung auf das Gerichtsverfahren haben könnte. Auch er vertritt die Meinung, abzuwarten. Auch Frau Kegel schlägt vor, das Gerichtsverfahren abzuwarten und den Beschluss zur B-Planänderung zu vertagen.

Amtsleiter Herr Reinhold merkt an, dass eine Beschlussfassung keine Auswirkung auf das Urteil haben könnte. Die Stadt sehe dem Ergebnis des Klageverfahrens, in dem es dem Grundstückseigentümer Herrn Kruse um Entschädigungszahlungen wegen eingeschränkter Bebaubarkeit geht, entspannt entgegen. Die Entscheidung der Stadt, den B-Plan erneut anzugehen, sei nicht erfolgt, weil Herr Kruse Klage eingereicht hat, sondern um für alle Nachbarn eine gefühlte Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Herr Borgeest merkt an, dass, wenn der B-Plan zugunsten der Anwohner geändert wird, der Gewerbebetrieb Hawesko Einschränkungen erfährt. Die Stadt müsse zwischen den Interessen des Firma Hawesko und dem beabsichtigten Mischgebiet abwägen, meint auch Frau

Dohrn. Herr Bätcke betont, dass das Gericht entscheiden soll.

Herr Bätcke fragt, ob die Kosten einer B-Planänderung zu Lasten des Grundeigentümers gehen, der die B-Planänderung wünscht, oder die Stadt die Kosten trägt. Und er will wissen, wie hoch bereits angefallene Kosten sind. Amtsleiter Herr Reinhold antwortet, dass die Kosten nicht dem Anwohner in Rechnung zu stellen sind, da von ihm kein formeller Antrag auf eine B-Planänderung gestellt wurde. Es sei eine Entscheidung der Stadt, den B-Plan zu ändern.

Die bereits angefallenen Kosten würden im vierstelligen Bereich liegen. Die genauen Kosten sollen im Protokoll genannt werden.

#### **Stellungnahme der Verwaltung zu den Kosten:**

*Gesamtkosten der 2.Änderung des B-Plans 38 (nach vorliegenden Angeboten): 29.319 € (Planung, Vermessung, Lärmgutachten; zzgl. Bekanntmachungskosten)*

*Bisher angefallene Aufwendungen externer Planungskosten: 13.819 € (Vermessung, Lärmgutachten)*

*Zu erwarten ist in Kürze eine Abschlagsrechnung des beauftragten Planungsbüros. Bei Weiterführung des Verfahrens können weitere Kosten für ggfls. erforderlich werdende weitere Gutachten/Rechtsberatung anfallen.*

---

## **8 Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus - hier: Anwendung des "Bauturbo" in Tornesch**

**VO/26/2024-2**

### **Beschluss:**

- 1) Die Ratsversammlung beschließt die Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus („Bauturbo“).
- 2) Die Anwendungsfälle des „Bauturbo“ werden auf die im Plan dargestellten Bereiche A und B („Ortskern“ und „Zentraler Bereich“) beschränkt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

### **Beratungsverlauf:**

Verwaltungsmitarbeiter Herr Kath erläutert den Sachverhalt und die Verwaltungsvorlage. Bereits in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 26.01.2026 hatte Herr Kath das neue Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus „Bauturbo“ vorgestellt. Auch der

Hauptausschuss hat dazu getagt. Herr Kath informiert, dass dort gefragt wurde, wie andere Kommunen mit der Anwendung der neuen gesetzlichen Grundlagen umgehen. Herr Kath macht deutlich, dass es sich beim Bauturbo um eine „Kann-Bestimmung“ handelt. Bei Anwendung es jedoch Richtlinien bedarf, um einheitlich damit umgehen zu können.

Für die Anwendung der gesetzlichen Grundlagen des Bauturbos hat die Verwaltung einen Kriterienkatalog entwickelt. Er enthält eine inhaltliche Einteilung aufgrund des planungsrechtlichen Hintergrunds, eine örtliche Einteilung, wo der Bauturbo zum Einsatz kommen könnte, und einen Verfahrensablauf. Um die Zuständigkeit zu treffen, bedarf es der Anpassung der Hauptsatzung. Analog zur Entscheidung über das gemeindliche Einvernehmen soll der Bau- und Planungsausschuss über die gemeindliche Zustimmung bei Vorhaben ab 500 Kubikmeter umbauter Raum entscheiden.

Herr Heitmann ist nicht dafür, Kriterien zu beschließen. Er befürchtet, dass damit ein Korsett geschaffen werde, das an der Wirklichkeit vorbeigehe. Herr Krienke sieht eine Gefahr in der zeitlichen Begrenzung der Anwendbarkeit des Bauturbos.

Herr Bätcke merkt an, dass Tornesch abwarten und Erfahrungen anderer Kommunen nutzen sollte. Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger fragt, ob auch beschlossen werden kann, den Bauturbo in Tornesch nicht anzuwenden und ob der Bauturbo auch ohne Kriterienkatalog beschlossen werden könne. Herr Proeger plädiert dafür abzuwarten, welche Art von Anträgen zum Wohnungsbau künftig eingehen werden.

Herr Köster will wissen, ob die Anwendung des Bauturbos förderlich für den Schulneubau in Tornesch sein könnte. Herr Kath betont, dass das Hauptaugenmerk auf dem Wohnungsbau liegt. Herr Heitmann fügt an, dass es sich streng genommen um einen „Genehmigungsturbo“ handelt.

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass für den Bauturbo kein Kriterienkatalog, jedoch eine örtliche Einteilung für die Anwendung beschlossen werden sollte. Es erfolgt Einigung auf die Anwendung im Ortskern und im zentralen Bereich der Stadt.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird entsprechend neu formuliert und vom Ausschussvorsitzenden Herrn Proeger zur Abstimmung gebracht.

---

**9 Veloroute - Billigung der Fortführung der Planung einer neuen B+R-Anlage (Fahrradsammelschließanlage) auf der Bahnhofsostseite**

**VO/26/2067**

**Beschluss:**

Der Bau- und Planungsausschuss billigt die Planung und favorisiert die Standortvariante 1.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

2 (Grüne)	9 (CDU, SPD, FDP, T.A.G., BfT)	0
-----------	--------------------------------	---

### **Beratungsverlauf:**

Verwaltungsmitarbeiter Herr Tams stellt den aktuellen Sachstand zur Förderung des Projekts „Veloroute Uetersen-Tornesch-Oha“ und die in der Verwaltungsvorlage beschriebenen Varianten zur Erstellung einer Bike&Ride-Anlage in der Größe von 6x18 Metern mit 100 Einstellplätzen auf der Ostseite des Bahnhofs vor. Bis zu einer Summe von 244.400 Euro (Brutto) werden die Baukosten zu 100 Prozent vom Bund übernommen (Planungskosten nur in der Leistungsphase 8 Bauüberwachung). Herr Tams nennt als Gesamtkosten für die Anlage 264.000 Euro.

Die Politiker begrüßen, dass auf der Ostseite eine Sammelschließanlage mit Doppelstockeinstellplätzen und ebenerdigen Plätzen zu den vorhandenen Fahrradabstellplätzen entstehen soll, da auf der Westseite in den vergangenen Jahren etwa 475 Einstellplätze realisiert wurden. Eine Analyse aus dem Jahr 2020 hat einen Bedarf von 890 bis 920 Einstellplätzen am Bahnhof ermittelt. Mit dem Bau einer weiteren Bike&Ride-Anlage auf der Ostseite würden insgesamt 875 Plätze zur Verfügung stehen. Herr Bätcke fragt nach der Auslastung der Fahrradabstellanlagen. Er regt an, im Mai/Juni eine Auslastungserhebung durchzuführen. Er verweist darauf, dass Fördermittel, die für die Bike&Ride-Anlage fließen, Steuergelder sind. Auch regt Herr Bätcke an, auf dem Gelände der ehemaligen Meldorfer Papierfabrik über Fahrradabstellplätze nachzudenken.

Herr Krienke verweist darauf, dass die Fahrradabstellplätze gut genutzt werden. Für ihn sei ein Hauptkriterium für den Bau einer weiteren Bike&Ride-Anlage, dass keine Parkplätze verlorengehen.

Auch Herr Proeger merkt an, dass die vorhandenen Fahrradabstellplätze gut genutzt werden und auf der Ostseite dringender Bedarf besteht. Seine Fraktion begrüße die Variante 1, könne aber auch mit der von der FDP vorgeschlagenen Variante 2a mitgehen, wenn sie realisierbar ist.

Herr Werner betont, dass bei dem Vorschlag seiner Fraktion keine Parkplätze wegfallen, nur ein Gehweg verlegt werden müsste.

Herr Bätcke betont, dass seine Fraktion die Varianten 2 oder 2a favorisiert, da beide Varianten kurze Wege zu den Bahnsteigen ermöglichen. Bei Variante 1 müsse ein deutlich weiterer Weg zum Bahnsteig Richtung Hamburg in Kauf genommen werden.

Herr Werner fragt nach, ob die Leistungsphasen 1 bis 7 ohne externes Büro realisiert werden. Herr Tams bejaht dies.

Der Ausschussvorsitzende Herr Proeger lässt über den Vorschlag der Verwaltung (Variante 1) und den Antrag der FDP (Variante 2a) abstimmen.

**Beschluss:**

Der Bau- und Planungsausschuss billigt die Planung und favorisiert die Standortvariante 2a.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10 (CDU, SPD, FDP, T.A.G., BfT, Grüne)	0	1 (Grüne)

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 9.

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorhandene Kopfsteinpflaster in der Denkmalstraße gegen einen vollgebundenen Asphaltoberbau zu ersetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10 (CDU, SPD, FDP, T.A.G., BfT, Grüne)	0	1 (Grüne)

**Beratungsverlauf:**

Amtsleiter Herr Reinhold erläutert den Sachverhalt, über den bereits in der vorangegangenen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses gesprochen wurde. Herr Reinhold informiert, dass nach Vorliegen des Haushalts die Sanierung des abgesackten Teils der Denkmalstraße vorgenommen werden sollen. Die prognostizierten Kosten müssen über die Veränderungsliste in den Haushalt 2026 eingeworben werden.

Herr Reinhold bittet die Politik um Zustimmung, das vorhandene Kopfsteinpflaster der Denkmalstraße gegen einen vollgebundenen Asphaltoberbau zu ersetzen.

Im Zusammenhang mit möglichen Regressansprüchen an die Firma, die in der Denkmalstraße Straßenbauarbeiten durchgeführt hat, merkt Herr Reinhold an, dass erfahrungsgemäß mit einem Vergleich zu rechnen ist, aber die Stadt versuchen werde, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Die Mängel seien der Firma mitgeteilt worden.

Herr Krienke betont, dass die Firma ein Nachbesserungsrecht hat.

Frau Kegel fragt, welche Meinung die Anwohner zum Entfernen des Kopfsteinpflasters haben, eventuell diene es zur Verkehrsberuhigung. Herr Krebs antwortet, dass während der Baumaßnahme Anwohner gefragt hätten, warum wieder Kopfsteinpflaster eingesetzt wird. Sie wären nicht gegen eine Asphaltierung.

Herr Borgeest betont, dass die Stadt versuchen soll, ihr Recht einzuklagen. Was das Kopfsteinpflaster betrifft, so hat er nie einen historischen Bezug vermutet.

Herr Heitmann möchte die Baufirma in Schutz nehmen, lobt die Verwaltung für das Anlegen von Radstreifen rechts und links der Fahrbahn und betont, dass die Anwohner eine Asphaltierung begrüßen würden.

Herr Bätcke betont, dass die Baufirma offensichtlich falsches Material eingebaut habe. Es dürfte nicht schwer sein, dies für Regressansprüche nachzuweisen. Aber die Denkmalstraße sollte nicht ewig Baustelle sein, nur um dort das Kopfsteinpflaster zu bewahren.

Amtsleiter Herr Reinhold fügt an, dass die Verwaltung auf die schriftlich eingereichten Fragen von Herrn Bätcke für die CDU-Fraktion im Protokoll eingehen wird.

Bürgermeister Herr Radon versichert, dass die Verwaltung keine neuen Fakten mit einer Asphaltierung in der Denkmalstraße schaffen wird, bevor nicht klar ist, ob die Firma die Mängel beseitigt oder Schadensersatz geleistet wird.

---

#### **10.1 Anfragen der CDU-Fraktion zum TOP Ö 11: Sanierung im Bereich des Kopfsteinpflasters in der Denkmalstraße**

**VO/26/2074**

##### **Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 10.

##### **Antworten/Stellungnahme der Verwaltung:**

*Siehe Anlage.*

---

#### **11 Bericht der Verwaltung (öffentlicher Teil)**

**VO/26/2065**

##### **Beratungsverlauf:**

Der Bericht der Verwaltung liegt schriftlich vor.

Zum aktuellen Sachstand Neubau einer Mensa an der Fritz-Reuter-Schule erteilt der Aus-

schussvorsitzende Herr Proeger Frau Hasenbalg vom Ingenieurbüro Tragplan das Wort. Frau Hasenbalg erläutert, dass es schwierig gewesen sei, für einige Gewerbe Angebote zu erhalten, die in den Kosten- und Zeitrahmen passten. Als Beispiel führt sie den Heizungsbau an.

Um den Zeitrahmen nicht zu gefährden, seien beispielsweise Elektroarbeiten vorgezogen worden. Beim Fußboden werde mit Trockenestrich gearbeitet, damit sich zügig die Bodenlegerarbeiten anschließen können. Frau Hasenbalg betont, dass der Kosten- und Zeitrahmen des Bauprojekts eingehalten wird. Als Datum der Fertigstellung nennt sie den 15. August 2026.

Bezugnehmend auf eine schriftlich von der CDU eingereichte Anfrage antwortet Frau Hasenbalg, dass es sich bei den Putzarbeiten um Wandputz handelt.

---

**11.1 Anfrage der CDU-Fraktion zum TOP Ö12 - Bericht der Verwaltung,  
hier: Neubau einer Mensa an der Fritz-Reuter-Schule**

**VO/26/2073**

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 11.

---

**12 Anfragen von Ausschussmitgliedern**

**Beratungsverlauf:**

Herr Werner weist auf das Dauerthema defekter Fahrstuhl an der Fußgängerbrücke über die Bahngleise hin. Amtsleiter Herr Reinhold merkt an, dass häufig Fehlalarme und Vandalismusschäden zu beklagen sind. Die Verursacher seien trotz Kameras vor Ort kaum festzustellen.

Herr Borgeest fragt nach einer Überprüfung der Brücke durch den TÜV. Herr Reinhold antwortet, dass ein Termin für die Prüfung seit zwei Jahren geschoben wird, weil dafür die Deutsche Bahn eine Sperrzeit gewähren muss. Diese Sperrzeit sei bislang nicht gegeben worden.

Herr Köster bezweifelt, dass aufgrund von Fehlalarmen und Vandalismus eine fast dauerhafte Sperrung des Fahrstuhls an der Brücke notwendig ist. Amtsleiter Herr Reinhold will dazu im Protokoll Fakten aufführen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

*Ergänzend zu den bereits seit geraumer Zeit immer wieder auftretenden Ausfällen aufgrund*

*von Vandalismus teilt der Fachdienst Hochbau mit, dass die verbaute Technik, insbesondere die Steuerungsplatinen, zuletzt sehr fehleranfällig waren. Der aktuelle Ausfall resultiert daraus, dass die Technik komplett aufgefallen ist und auch nicht mehr zu reparieren ist. Zurzeit werden Angebote zum Ersatz der defekten Teile eingeholt.*

Herr Bätcke fragt nach dem Sachstand der in der Wilhelmstraße noch immer mit OSB-Platten abgesperrten Tiefgarage, in der ein Wasserschaden behoben werden sollte. Verwaltungsmitarbeiter Herr Kath will diesbezüglich bei der zuständigen Kreisbehörde nachfragen.

Vorsitz:

---

Jonas P. Proeger

Schriftführung:

---

Sylvia Kaufmann